

# DEUTSCHE ZOLL- UND FINANZGEWERKSCHAFT

Mitglied im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

**Bezirksverband Berlin-Brandenburg**

Red. Uwe Büttner / OV Potsdam



[www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)

1/2008

Info vom 11. Januar 2008



**Auftakt der Tarifverhandlungen mit  
Bund und Kommunen in Potsdam -  
Stöhr:**

**Genug gespart!**

**Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben hohe Erwartungen an die Einkommensrunde 2008, erklärte der Zweite Vorsitzende des dbb und 1. Vorsitzende der dbb tarifunion Frank Stöhr zum Auftakt der am 10. Januar in Potsdam aufgenommenen Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern von Bund und Kommunen. „Nach drei Jahren ohne lineare Erhöhung ist unsere Forderung nach acht Prozent Gehaltssteigerung ausgesprochen bescheiden“, sagte der dbb-Verhandlungsführer.**

In den letzten vier Jahren betrug die Preissteigerungsrate acht Prozent. „Der Nettolohn 2007 ist dadurch um fünf Prozent geringer als 2004“, kritisierte Stöhr. Gerade bei den unteren Lohngruppen mache sich dies erheblich bemerkbar, zumal sie überproportional von den erheblichen Preissteigerungen vor allem bei der Energie betroffen seien. „Ich kann den Arbeitgebern nur raten, unsere Forderung sehr ernst zu nehmen. An den Beschäftigten wurde genug gespart. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind bereit und willens, den Forderungen Nachdruck zu verleihen“, unterstrich Stöhr, notfalls auch in Form eines Arbeitskampfes. „Auch die knappen Kassen der Kommunen,“ so Stöhr weiter, „können unsere Tarifforderung nicht aushebeln. Eine Krankenschwester mit 1300 Euro netto ist nicht an der Staatsverschuldung schuld. Wir werden nicht zulassen, dass sie jetzt trotzdem die Zeche zahlen soll.“

Bei den Verhandlungen in Potsdam geht es um die Einkommen der rund 1,3 Millionen Angestellten von Bund und Kommunen. dbb und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordern gemeinsam acht Prozent mehr Geld, mindestens jedoch 200 Euro pro Monat.